Verzieht euch endlich, Pack, ihr elendes!

Erlebnisse im Herbst 1989 in Halle

Frank Eigenfeld, Halle (Saale)

Sonnabend, 9. September 1989. Wir hatten es geschafft. Katrin und ich waren in Grünheide bei Katja Havemann angekommen und trafen dort auf viele Bekannte, sahen aber auch einige neue Gesichter. Alle hatten ebenfalls unbehelligt das Grundstück erreicht.

Es war Sonnabendmittag als wir eintrafen. Bärbel Bohley hatte uns im August über das Treffen informiert, jedoch keine Einzelheiten mitgeteilt. Wir kannten uns seit 1983, als sie die Informationen über Katrins Inhaftierung in Halle seitens der Stasi an die Grünen im Westen - Petra Kelly, Otto Schilly, Gert Bastian u.a. - weiterleitete. Deren Intervention anläßlich ihres Besuches bei Honecker führte dann tatsächlich am 1. November 1983 zur Entlassung von meiner damaligen Ehefrau Katrin aus dem Untersuchungsgefängnis des Staatssicherheitsdienstes „Roter Ochse". Ihr „Verteidiger" Schnur hatte es trotz ständiger Hinweise auf eine langjährige Haftstrafe nicht geschafft, sie zur Ausreise in den Westen zu überreden. Sie und ich wollten in der DDR bleiben. Denn unserer Meinung nach war man nur als DDR-Bürger legitimiert, das System DDR zu verändern. Und das wollten wir. Uns bedrückte die DDR-Realität. Ein diktatorisches System, das alles und jeden beherrschte und keine Abweichungen von den vorgegebenen politischen Prämissen zuließ. Eine Gesellschaft, die entmündigte und intolerante Menschen aufzog, die sie zwar recht und schlecht versorgte, deren individuellen Lebensräume aber ständig einengte. Ein System, in dem der Mensch im Mittelpunkt stand - im Mittelpunkt einer ausgeklügelten Kontrolle und Überwachung. Weh dem, der nicht systemtreu blieb! Wir hatten schon seit Jahren unsere Erfahrungen. Diese erlebbaren Verhältnisse waren für uns auf Dauer nicht annehmbar und dringend reformbedürftig. Wir strebten eine pluralistische Gesellschaft an, eine DDR, in der Meinungs-, Versammlungs-, Reise- und andere „Bürger"freiheiten gewährt würden. Wir glaubten, ein solches Ziel wäre erreichbar. Hierfür uns einzusetzen waren wir entschlossen und sahen in unserem Wirken vor Ort unsere Chancen und Möglichkeiten. Auch waren wir überzeugt, dass jede Einflussnahme von außen zu einem militärischen Konflikt in unserem Land geführt hätte. Zu unserem Vorhaben sahen wir keine sinnvolle Alternative. Allerdings rechneten wir mit einer „lebenslangen" Auseinandersetzung mit dem Staats- und Stasi-Apparat, waren doch die Aussichten auf Veränderungen im Lande äußerst gering. Das unkritische, systemkonforme Verhalten großer Teile der Bevölkerung, die Abwanderung in die „Nischen" der Gesellschaft oder in den „Westen" wie auch die emsige und Angst verbreitende Tätigkeit der

Parteifunktionäre und des Staatssicherheitsdienstes trugen zu dieser Einschätzung bei. Doch das alles konnte unsere Überzeugungen und Hoffnungen nicht mehr beeinflussen.
Seit 1983 fuhren wir oft nach Berlin und in andere Städte, hatten andere „Gleichgesinnte“ kennengelernt, beteiligten uns an vielen DDR-kritischen Veranstaltungen und Aktionen in der ganzen DDR. Bisher hatten wir nichts erreicht außer einer ständigen, intensiven Überwachung und Behandlung durch die Stasi. Deshalb waren wir auch erleichtert, als wir auf dem Havemann-Grundstück ankamen.
Über dreißig Leute aus Berlin und aus 9 Bezirken der DDR hatten sich eingefunden - alle waren mit den gegebenen Verhältnissen in der DDR nicht zufrieden und forderten z.T. seit Jahren Veränderungen. Im Stasi-Jargon, wie wir später lasen, waren wir sogenannte PUT´s - im **p**olitischen **U**ntergrund **T**ätige, in ihren Kategorien die schlimmsten Feinde der DDR. Eine zweifache Fehleinschätzung der Stasi: Erstens fühlte sich keiner von uns als Feind der DDR, niemand wollte die DDR abschaffen, zweitens waren wir nicht im Untergrund tätig, sondern öffentlich, wo immer es gelang - zumeist in kirchlichen Räumen, manchmal auch während offizieller Veranstaltungen. Wir wollten ja die DDR-Öffentlichkeit erreichen.
Dass wir uns in Grünheide versammeln konnten, oblag glücklicherweise wohl auch einer Fehleinschätzung der Stasi, die informiert war und ohne großen Aufwand das Treffen hätte verhindern können. Präsent war sie allemal. Unter uns, wie wir stets annahmen und sich später bestätigte, und auf den Straßen, sichtbar. Das war aber normal, daran hatte man sich gewöhnt - es war kein Grund für uns, irgend etwas nicht zu tun. Und sie war ohnehin wie immer überzeugt, alles im Griff zu haben. Daran zweifelten wir damals ebenfalls nicht.
Umgehend erfuhren wir den Grund für das Treffen. Bärbel Bohley hatte mit wenigen anderen dieses Treffen vorbereitet, um eine unabhängige „Oppositionsbewegung“ innerhalb der DDR zu gründen. In Polen arbeitete seit Jahren die „Solidarność“, in der Tschechoslowakei gab es die „Charta 77“, in der Sowjetunion existierte die Gruppe der Dissidenten - nur in der DDR gab es bis zu diesem Zeitpunkt keine größere, politisch unabhängig wirkende Gruppe. Nahezu alle Aktivitäten spielten sich bisher in kleineren Gruppen ab, die über die ganze DDR verteilt waren und zumeist unter dem schützenden Dach der Kirche, von der Bevölkerung kaum beachtet, agierten. Ein Zustand, der für uns nicht sehr befriedigend war. Zumal die politische Situation in der DDR im Sommer 1989 durch immer stärker aufbrechende Gegensätze geprägt war. Einerseits die starre, einsichtslose Haltung der DDR-Führung, die keinerlei Bereitschaft zeigte, ihre ablehnende Haltung gegenüber Reformen zu ändern und sehr realitätsfern die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung vorbereitete.

Unterstützt vom umfangreichen Partei- und Propaganda-Apparat, der unablässig alle Forderungen nach Glasnost und Perestroika zurückwies und die gegebene Situation hochjubelte. Abgesichert durch den Staatssicherheitsdienst, dessen langer Schatten jeden Winkel des Landes erreichte. Andererseits die ständig zunehmende Kritik und Verdrossenheit innerhalb großer Teile der Bevölkerung über diesen Zustand, weitverbreitete Hoffnungslosigkeit und Resignation. Verbunden mit Zukunftsängsten war eine Ausreisewelle ungeahnten Ausmaßes entstanden, die in einer Massenflucht gen Westen mündete. Kaum jemand, der von diesen Ereignissen nicht betroffen war.

In dieser dramatischen und zugespitzten Lage wollte nun ein kleines Häuflein von „Andersdenkenden" wieder einmal versuchen, Einfluss zu nehmen. Das Vorhaben von Bärbel Bohley hatte aber von Beginn an eine andere Qualität als unsere früheren Einmischungs-Versuche. Es ging nun erstmalig um die Gründung einer DDR-weiten politischen Organisation, die unabhängig von Staat und Kirche auftreten wollte. Deshalb auch ihre Bemühungen, aus möglichst allen Teilen der DDR Mitstreiter zu gewinnen. Dass dieser Schritt notwendig war, war vielen systemkritisch Denkenden bewusst und wurde erwartet. Aber wer tat ihn?

Am folgenden Sonntagmittag war es soweit. Nach intensiver Diskussion unterschrieben 30 Anwesende den Gründungsaufruf für eine politische Vereinigung. Nach antikem Vorbild nannten wir diese Vereinigung „NEUES FORUM", denn der von Jens Reich vorbereitete Text beinhaltete eine Aufforderung an alle im Lande, an die Herrschenden wie auch Beherrschten, in einem Forum einen offenen Dialog über unsere Situation und Zukunft zu führen. Mit der Unterzeichnung hatten wir die Gründung bereits vollzogen. Wir verabredeten, weitere Unterstützungsunterschriften in unserer Umgebung zu sammeln. Jeder nahm einige Durchschläge des Textes mit. Am 19. September 89, Dienstag war „Behördentag", sollte das NEUE FORUM als bereits tätige Vereinigung bei den zuständigen Stellen in Berlin und in den Bezirken der DDR angemeldet werden. Wir bezogen uns dabei auf entsprechende Gesetze. Für Dezember hatten wir das nächste Treffen vereinbart.

Mit großer innerer Spannung fuhren wir mit meinem alten VW-Käfer nach Hause. Einerseits hatten wir ein gutes Gefühl, an etwas völlig Neuem mitgewirkt zu haben. Andererseits steigerten sich die Ängste. Was würden die kommenden Stunden und Tage bringen? Wie würden die Leute auf den Aufruf reagieren? Wie der Staatssicherheitsdienst? Würden wir überhaupt zu Hause noch ankommen. Denn eines war uns schon klar, wenn man das NEUE

FORUM noch verhindern wollte, dann musste man es sofort tun, uns festnehmen und die Durchschläge konfiszieren - ansonsten würde der Text öffentlich werden.
Glücklicherweise (s.o.) passierte nichts dergleichen. Nach Ankunft in der Gesundbrunnen-Gemeinde in der Diesterwegstraße, wo ich seit meiner Entlassung aus der Universität 1982 als Hausmeister und Küster arbeitete und wohnte, begann ich sofort mit der Vervielfältigung des Textes, da die wenigen Durchschläge für eine angestrebte Breitenwirkung nicht ausreichten. Ich schrieb den Gründungstext auf Wachsmatritze und ergänzte diesen mit einem Informationsblatt mit den Anschriften von Katrin und mir. Auf einer im Verborgenen existierenden Wachsmatritzen-Maschine eines mir bekannten Pfarrers stellten wir je 2000 Exemplare her. Nachts um halb zwei hatten wir dieses Werk vollbracht. Montag früh konnten wir die Blätter stapelweise über Freunde und Mitstreiter in der Stadt Halle verteilen. Erschöpft aber zufrieden konnte man nur noch abwarten, was passieren würde.
Und dann geschah völlig Überraschendes. Es kamen Leute, ihre Zahl wuchs täglich, und unterschrieben, trugen sich als Mitglieder ein, stellten sich als neue Kontaktadressen zur Verfügung. Sie kamen tags, sie kamen nachts. Manche zögerlich, vorsichtig, zurückhaltend, verunsichert - andere gelöst, entspannt, hoffnungsvoll, tatenhungrig. Mit einer solchen Flut von Mitgliedern und Sympathisanten hatten wir nicht gerechnet. Dieselben Leute, die bisher untätig und schweigend ihre Lage hingenommen hatten, fanden nun den Mut, aktiv zu werden. Sie waren bereit, zu erwartende Repressalien in Kauf zu nehmen. Die nicht zu übersehende Präsenz der Stasi vor unseren Wohnungen, die alles und jeden zu registrieren versuchte, die Vorladungen und massiven Drohungen in den Betrieben, um Unterschriften zurückzunehmen, ließen ja nichts Gutes ahnen. Aber das schreckte nicht mehr ab. Als wir am 19. September beim Rat des Bezirkes Halle das NEUE FORUM schriftlich anmeldeten, konnten wir bereits auf über 500 Unterschriften verweisen. Gleiches hatte sich überall in der DDR ereignet.
Am 23. September verbreitete ADN, das offizielle Sprachrohr der DDR-Führung, folgende Meldung des Ministers des Innern:

> *Der Minister des Innern der DDR teilt mit, daß ein von zwei Personen unterzeichneter Antrag zur Bildung einer Vereinigung „Neues Forum" eingegangen ist, geprüft und abgelehnt wurde. Ziele und Anliegen der beantragten Vereinigung widersprechen der Verfassung der DDR und stellen eine staatsfeindliche Plattform dar. Die Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Gründung der Vereinigung war nicht genehmigt und folglich illegal. Sie ist*

ein Versuch, Bürger der DDR über die wahren Absichten der Verfasser zu täuschen.

Gleichzeitig wurden innerhalb des Staatssicherheitsdienstes auf Anweisung von Mielke in Berlin und in den Bezirken spezielle Arbeitsgruppen zur Bekämpfung des NEUEN FORUM gebildet. Das erfuhren wir natürlich nicht, registrierten aber eine total überzogene Überwachung. Jeder Schritt, jede Fahrt von uns wurde nun von mehreren Bewachern begleitet. Interne Positionspapiere der SED, die uns bekannt wurden, ließen keinen Zweifel am Ziel der DDR-Führung, das NEUE FORUM zu zerschlagen. Wir rechneten damit täglich. Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Unterzeichner, erhielten wir zahllose Sympathiebekundungen, Briefe, Anrufe. Dieser Zuspruch zeigte uns deutlich, das NEUE FORUM wurde angenommen und von Tausenden weitergetragen. Konnte diese Bewegung die Staatsführung mit ihrem Staatssicherheitsdienst noch aufhalten? Bald wollte sie den 40. Jahrestag der DDR-Gründung unbelastet feiern. Da passten keine groß angelegten Verhaftungswellen in diese Zeit. Wir lebten zwischen Angst und Hoffnung. Aber die Hoffnung überwog, wuchs täglich mit der Zahl der vielen neuen Mitstreiter. Wir wollten das NEUE FORUM, forderten seine Zulassung und staatliche Anerkennung. Es ging um unser Mitspracherecht in unserer Gesellschaft. Niemand dachte im September 89 an die Auflösung der DDR.

Am 26. September, wieder „Behördentag“, wurden Katrin und ich getrennt zum Chef der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes Halle Herrn P. einbestellt. Im Beisein mehrerer finster dreinblickender Herren teilte er uns die Ablehnung unseres Antrages mit. Sein Auftritt war mit massiven Drohungen und Beschimpfungen verbunden. Eine sachliche Diskussion war überhaupt nicht möglich und auch nicht gewollt. Es war eine reine Machtdemonstration, die einschüchtern sollte. In solchen Augenblicken bedauerte ich zutiefst, nur allein derartige Beispiele realer sozialistischer Demokratie erleben zu dürfen. Wie wenig verstanden sie die Menschen, die sie doch in den Mittelpunkt gestellt hatten!

Er hinterließ keine Wirkung. Im Gegenteil, solche Beispiele wollten wir ja überwinden. Noch glaubten wir, mit Reformen, im Dialog mit „verständigen“ Verantwortlichen unsere DDR-Realität verbessern zu können. Selbstverständlich arbeiteten wir weiter, fingen an, erste Strukturen in der Stadt und im Bezirk Halle aufzubauen. Täglich gab es Treffen, Gespräche, Diskussionen bis in die tiefe Nacht. Wir wurden zu Veranstaltungen in Kirchen eingeladen, um über das NEUE FORUM zu informieren, nahmen Verbindungen zu Gruppen auf, die selbständig in anderen Städten und Dörfern entstanden waren. Erste „Sprecherräte“ wurden

gebildet - Mitglieder, die bereit waren, ihre Adressen zu veröffentlichen und als Kontaktpersonen aufzutreten. Die Listen mit ihren Adressen wurden DDR-weit verteilt und ausgetauscht. Unser Lebensablauf hatte sich völlig verändert. Nur mit einem „Notprogramm“ konnte ich meine Dienstaufgaben noch erfüllen. In meiner Gemeinde mit einem Kindergarten fand ich glücklicherweise großes Verständnis. Anders dagegen Katrin, als Bibliothekarin vom Pathologischen Institut der Universität Halle bereits in die Bibliothek des Botanischen Institutes nach ihren „kriminellen Handlungen“ 1983 strafversetzt, unterlag sie hier strengster Aufsicht und Kontrolle seitens ihrer Vorgesetzten. Keine Minute durfte sie während der Arbeitszeit die Bibliothek verlassen, private Besucher und Telefongespräche waren verboten, Urlaubstage wurden nicht gewährt. Mehrmals täglich wurde ihre Anwesenheit überprüft - bei Nichtbefolgen der Auflagen drohte sofortige Entlassung. Doch es blieben ja noch die Abende, die Nächte, die Wochenenden.

Am 6. Oktober saßen wir, 12 oder 13 FORUMs-Leute, im Gemeinderaum der Gesundbrunnen-Gemeinde, als Katrins Vater uns mitteilte: „Ihr seid umzingelt! Draußen stehen überall Autos, Polizisten und Stasi-Leute.“ Es war Freitagabend nach 22 Uhr und regnete. Es war der Vorabend zum 40. Jahrestag. War es jetzt soweit? Sollte das ein Geburtstagsgeschenk vom Stasi-Chef Mielke für Honecker werden: NEUES FORUM hinter Gittern? Mit gemischten Gefühlen und weichen Knien brachen wir auf. Ich wollte sie mit Regenschirm bis zur Straßenbahnhaltestelle begleiten. Einige verabschiedeten sich an der Haustür und schwenkten zum Pestalozzi-Park. Wir anderen sieben gingen zur Straße und sahen ca. 100 m vor uns das geballte Aufgebot. Schweigend näherten wir uns und wurden dort mit recht rüden Bemerkungen empfangen, untersucht und in die Autos gesteckt. „Klärung eines Sachverhaltes“ war immer die Begründung. Es stellte sich heraus, dass die Zivilisten keine Stasi-Leute waren, sondern zur K 1 gehörten - eine Sondergruppe der Kriminalpolizei, die allerdings häufiger „Stasi-Dienste“ übernehmen mußte. Mein Protest, dass nun die Kirche offen stünde, endete überraschend mit meiner Freilassung vor der Kirchtür. Die anderen wurden zum Polizeirevier am Steintor gefahren. Umgehend informierte ich Bärbel Bohley in Berlin über die Festnahmen. Bereits ab 1 Uhr Nachts meldeten die westlichen Medien das Ereignis. Nach dem Anruf fuhr ich zum Polizeirevier, klingelte, wurde eingelassen und traf - welche Überraschung - im Besucherraum alle Festgenommenen wohlbehalten und in guter Laune. Nur hungrig waren sie. Die durch den Park gegangen waren, fehlten. Die Wiedersehensfreude währte aber keine drei Minuten, dann hatten sie im Revier offensichtlich unsere Beziehungen erkannt und ich wurde unsanft auf die Straße

transportiert. Ich lief zu Heidi Bohley, die wie Katrin in der nahe gelegenen Martha-Straße wohnte, und wir schmierten alle vorrätigen Schnitten und Brötchen. Als ich zum Revier zurückkam, standen auf der Straße schon Wachposten. Eine gedachte Übergabe durch die Fenster war nicht mehr möglich. So stand ich auf der anderen Straßenseite und wartete. Nach etwa einer Stunde kam ein Auto, dem ein „echter“ Stasi-Mann aus Berlin entstieg. Er hatte mich schon früher „behandelt“ und kam mir mit den Worten entgegen: „Na, was macht ihr denn hier in Halle wieder?“ Da war ich erleichtert. Es war, wie schon öfters erlebt, „nur“ ein hallescher Alleingang. Bis heute wissen wir nicht, wer das angeordnet hatte. Er nahm die Brötchen und Schnitten mit. Ich fuhr nach Hause. Am Morgen, als das hallesche Ereignis im Rundfunk noch gemeldet wurde, waren alle wieder frei. Diese Episode soll zeigen, dass die Auseinandersetzungen damals nicht nur verbissen und verkrampft geführt wurden - selbst in dramatischen Situationen gab es entspannte und lockere Momente.

Mitte September bis Anfang Oktober kam es in mehreren Städten zu Zusammenstößen zwischen ausreisewilligen Demonstranten und der Polizei. Die Demonstranten forderten: „Wir wollen raus!“ In Leipzig formierten sich erstmals Demonstranten mit dem Ruf: „Wir bleiben hier!“ Die früheren Fronten zwischen den „Ausreisern“ und „Hierbleibern“ begannen sich zu vermischen. Jede Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst. Dabei gab es zahlreiche Festnahmen und Verletzte. So auch am 7. Oktober in Halle, als abends auf dem Markt eine Gruppe für Ausreise und Reformen demonstrierte. Täglich kam es in der DDR zu solchen Zusammenstößen. Lokal eskalierte die Gewalt seitens der Staatsmacht. In den Kirchen fanden vielerorts seit Wochen „Gebete für unser Land“ bzw. „Friedensgebete“ statt. Gläubige und Nichtgläubige sprachen in Fürbittgottesdiensten ihre Hoffnungen, Wünsche und Forderungen aus. Die Kirchen waren überfüllt.

Wie in der Leipziger Nikolai-Kirche fanden diese Veranstaltungen in der halleschen Marktkirche ebenfalls montags um 17 Uhr statt. Für den 9. Oktober hatten Matthias Waschitschka und Roberto Ender zu einer Schweigestunde ab 16 Uhr auf dem Marktplatz unter dem Motto: „Schweigen für Reformen - Schweigen für die Inhaftierten“ aufgerufen, was sich sehr schnell herumgesprochen hatte. Wir rechneten alle mit einem Polizeieinsatz. Noch am Vormittag hatten wir in der Markt-Gemeinde vereinbart, dass alle PastorenInnen mit Talaren an diesem Tag zum Markt gehen sollten, um mit der Würde ihrer Amtstracht gewalttätige Ausschreitungen verhindern zu helfen. Am Nachmittag versammelten sich vor der Marktkirche einige Hundert zumeist junge Leute. Ein großes Transparent mit dem Motto wurde entrollt. Auf dem Weg zum Markt hatte jeder in den umliegenden Straßen überall

zahllose Einsatzwagen mit Bereitschaftspolizei und uniformierten Kampfgruppen gesehen. Noch war der Platz nicht abgesperrt und für jeden frei erreichbar. Die Straßenbahnen fuhren. Es begann die Feierabendzeit. Inzwischen füllte sich die Marktkirche. Die Menge vor der Kirche wuchs ebenfalls. Dann begann gegen 16.30 Uhr der Polizeieinsatz. Mit Lautsprecher wurden alle aufgefordert, sofort den Platz zu räumen. Die zu dieser „Demo“ gekommen waren, blieben natürlich. Anderen, die zufällig anwesend waren, ließ man kaum Zeit. Umgehend sperrten mit Schlagstöcken bewaffnete, doppelte, dicht geschlossene Polizeiketten - Mann neben Mann - alle zum Markt führenden Straßen ab. Weitere Polizeiketten teilten den Markt in verschiedene „Reviere“ auf. Versuche von beherzten Pastoren, den Vormarsch der Ketten aufzuhalten, wurden brüsk zurückgewiesen und scheiterten. Nach kurzer Zeit waren die Demonstrierenden in die Marktkirche zurückgedrängt, die dann völlig umstellt war. Was sich in den anderen „Revieren“ des Marktplatzes abspielte, konnten wir nicht verfolgen, befürchteten aber auf Grund des tumultartigen Lärms Schlimmstes. Schüsse hatten wir aber nicht gehört. Gegen 18.30 Uhr trat Ruhe ein. Der Marktplatz schien leer zu sein. Die Kirche dagegen war noch mit ca. 2000 Personen überfüllt und umgeben von doppelten Polizeiketten. Nach längeren Verhandlungen zwischen Pastoren und Polizeioffizieren wurde erreicht, dass die Anwesenden nur einzeln oder in kleinen Gruppen die Kirche über die Treppen Richtung Hallmarkt verlassen konnten. Der Auszug vollzog sich schweigend in einer sehr bedrückten Atmosphäre über eine Stunde hin. Links der Kirchentür die martialische Doppelkette - rechts an den Treppen ein Spalier von uniformierten Kampfgruppenmitgliedern. Es war schon dunkel, als Pfarrer Hans Hahnewinckel und ich als letzte diesen Weg gingen. Plötzlich erscholl laut das Kommando: „Kette marsch!“ Mit knallenden Stiefelabsätzen näherten sich die Polizisten in unserem Rücken. Der Abstand wurde schnell geringer, da wir bewußt langsam liefen. Als wir die ersten Stufen zum Hallmarkt erreicht hatten, blieben sie unmittelbar hinter uns vor den Treppen stehen. Einer rief: „Verzieht euch endlich, Pack, ihr elendes!“ Wir drehten uns um, es war der Kommandeur dieser Truppe. Er stand 2 m vor der Kette, beide Arme in die Hüften gestemmt, breitbeinig mit glänzend geputzten Stiefeln, aus denen sogenannte Ohrenhosen herausragten und schaute auf uns herab. Da standen wir: Staatsmacht und Bürger. Die Beziehung zueinander konnte nicht eindrucksvoller dargestellt werden. DDR-Realität am 9. Oktober 89. War eine tolerante DDR-Gesellschaft jemals erreichbar?

Noch am Abend, den wir im Gemeindehaus der Georgen-Gemeinde verbrachten, erhielten wir erste Nachrichten über das Ausmaß des halleschen Polizeieinsatzes. Der Marktplatz war

gewaltsam geräumt worden. Unter Einsatz von Schlagstöcken und Hunden waren viele Leute auf LKWs verfrachtet und mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden. Es gab Verletzte. Zahlen waren nicht bekannt. Aus Leipzig wurde gemeldet, dass Zigtausende in der Innenstadt demonstriert hatten. Die ebenfalls bereitstehende Polizei hatte dort jedoch nicht eingegriffen.
Am nächsten Morgen wurde im Kirchenkreis beschlossen, eine Mahnwache in der Georgen-Gemeinde für die Verhafteten einzurichten. Hier sollten auch alle Informationen über die Ereignisse gesammelt werden. Betroffenen und ihren Angehörigen wurde Unterstützung angeboten. Eine Solidaritäts- und Spendenkasse wurde eingerichtet. Der Standort war nicht unumstritten - etwas abseits gelegen und Baustelle - es gab aber keine bessere Alternative. Die Marktkirche konnte jederzeit, wie tags zuvor erlebt, mit geringem Aufwand kontrolliert und isoliert werden. Mit derartigen weiteren Eingriffen seitens der Staatsmacht mußte man rechnen. Die zustimmende Gemeinde wie die Beteiligten gingen ein hohes Risiko ein - doch sie nahmen es auf sich.
Früh war schon Pfarrer Mezger mit dem Vorschlag zu mir gekommen, umgehend eine Veranstaltung vom NEUEN FORUM für Gewaltfreiheit in der Stadt zu organisieren. Noch vor der nächsten „Montags-Demo", die mit Sicherheit kommen würde, darauf hatten wir überhaupt keinen Einfluss, wollten wir irgendwie mit den Verantwortlichen für die Stadt im öffentlichen Dialog Gewaltfreiheit vereinbaren. Das war nach den Ereignissen des Vortages das dringendste Anliegen. Als weiterer Mitinitiator stellte sich Pfarrer Schlademann zur Verfügung, in dessen Wohnung alle folgenden Aktivitäten stattfanden. Noch am selben Tage begann abends die erste Beratung zu diesem Vorhaben. Ca. 20 Personen hatten sich eingefunden. Nicht alle waren Mitglieder im NEUEN FORUM, doch das Anliegen war für sie, unter ihnen einige bekannte hallesche Schriftsteller, wichtig genug, sich mit uns zusammenzusetzen. Termin und Ort waren schnell festgelegt: Sonntag, 15. Oktober, 17 Uhr in der Pauluskirche. Eingeladen wurden: Der Oberbürgermeister der Stadt Halle Pratzsch, der SED-Bezirkschef Böhme, der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei Makarski, der Bezirkschef des Staatssicherheitsdienstes Schmidt und der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Kolodniak. Für uns waren sie die verantwortlichen Personen, die weitere Gewalteinsätze in Halle verhindern konnten. Mittwoch versuchten wir, die Einladungen persönlich zu übergeben, was natürlich nicht gelang - doch waren wir unter den gegebenen Umständen sicher, dass die Schreiben weitergeleitet würden. Die Antwort kam prompt und knapp und wurde dem Vorsitzenden des Kirchenkreises Buchenau mitgeteilt: Eine Veranstaltung vom NEUEN FORUM wird es in Halle nicht geben. Mit Vertretern vom

NEUEN FORUM wird nicht gesprochen. Und wie das zu verstehen war, zeigte man uns am Donnerstag mit einer „Übung“ von Kampfgruppen, wobei die gesamte Pauluskirche umstellt wurde. Aufgeben oder es trotzdem versuchen? In einer weiteren dramatischen Nachtsitzung beschlossen wir, die Veranstaltung nun als „Bürgerversammlung“ durchzuführen. Mitglieder vom NEUEN FORUM traten nicht mehr als Organisatoren in Erscheinung. Erneute Einladungen an dieselben Personen mit der entsprechenden Information wurden verteilt. Nun erhielten wir über Superintendent Buchenau die Mitteilung, von den Eingeladenen werde niemand kommen, aber der Oberbürgermeister Pratzsch sei bereit, am Sonntag gegen 18 Uhr 15 Bürger zu einem Gespräch im Rathaus zu empfangen. Es dürften jedoch keine Mitglieder vom NEUEN FORUM darunter sein. Trotzdem - welche Erleichterung! Die Veranstaltung war quasi genehmigt. Sie konnte stattfinden und sie fand statt - ungestört.

Die Pauluskirche wurde gewählt, weil sie angeblich über die meisten Plätze verfügte. Doch diese reichten an dem Sonntag bei weitem nicht aus, um alle Teilnehmer aufnehmen zu können. Etliche mußten so vor der Kirchentür bleiben. Im Inneren standen und saßen dichtgedrängt auf allen Flächen weit über zweitausend Leute. An einer Empore hing ein Transparent: Gewaltfreiheit für unsere Stadt. Das war die entscheidende Botschaft.

In Vorbereitung der Bürgerversammlung hatten wir insgesamt 6 Forderungen formuliert, die den Verantwortlichen übergeben werden sollten und jeder Teilnehmer in der Kirche als Handzettel erhielt. Darauf stand:

Aufruf zur Gewaltfreiheit in unserer Stadt

Gewalt ist kein Mittel zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten. Angesichts der aktuellen Situation in unserer Stadt halten wir jetzt für das Wichtigste:

1. *Selbstverpflichtung zur strikten Gewaltfreiheit.*
2. *Keine Gewalt der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer friedlicher Zusammenkünfte.*
3. *Keine Diffamierung und Kriminalisierung von reformengagierten Personen und Gruppen.*
4. *Offene und wahrheitsgetreue Berichterstattung in den Medien.*
5. *Versammlungs- und Redefreiheit.*
6. *Bereitstellung von Räumen und Plätzen zur öffentlichen Diskussion (z.B. in Klubhäusern, Jugendklubs und auf städtischen Freianlagen).*

Halle/S. den 15. Oktober 1989 *Bürgerversammlung in der Pauluskirche*

In der Kirche wurde über diesen Text abgestimmt. Bei nur einer Enthaltung wurden alle Forderungen mit tosendem Beifall unterstützt. Anschließend stellten sich 15 Frauen und Männer aus Halle vor. Sie hatten sich bereit erklärt, jener Abordnung von BürgerInnen

anzugehören, die das Gespräch mit dem Oberbürgermeister führen und die Forderungen übergeben wollten. Es erforderte viel Mut und Civilcourage, am 15. Oktober öffentlich auf der „anderen Seite“ zu stehen. Noch sprach niemand von einer „Wende“ - noch überwachte und „bearbeitete“ der Staatssicherheitsdienst alle „staatsfeindlichen“ Vorgänge. Doch innerhalb von nur wenigen Stunden hatten wir ihre Zusagen erhalten. Von der Bürgerversammlung frei gewählt, verließen sie gegen 17.45 Uhr die Pauluskirche. Es waren eindrucksvolle Augenblicke - ein vor wenigen Tagen noch undenkbarer Prozeß begann. Unabhängige BürgerInnen führten gleichberechtigt einen Dialog mit den Herrschenden. Da waren die Ergebnisse fast zweitrangig, allein die Tatsache, dass es stattfand, war der eigentliche Erfolg.

Die Ergebnisse des Gespräches waren dann auch nicht sehr ergiebig. Der Oberbürgermeister hatte mit 14 weiteren halleschen Vertretern der staatstragenden „Nationalen Front“ - in ihr waren alle DDR-treuen Parteien und Organisationen vereinigt - die Abordnung der Bürgerversammlung empfangen. Die Forderungen wurden mündlich vorgetragen, eine Entgegennahme der Handzettel aber verweigert. Sie blieben nach Erinnerung der Teilnehmer auf dem langen Tisch liegen. Immerhin sagte der Oberbürgermeister weitere Gespräche mit „seinen“ BürgerInnen zu.

Die SED-Zeitung „Freiheit“, als Partei- und Propagandablatt im Bezirk Halle weit verbreitet, berichtete über diese Vorgänge keine Zeile. Erst am 18. Oktober erschien in der „LDZ“, einer Zeitung der Liberal-Demokratischen-Partei Deutschlands mit geringer Auflage, eine erste Mitteilung über das Gespräch zwischen den Bürgervertretern und dem Oberbürgermeister. „Der Neue Weg“ - Zeitung der Christlich-Demokratischen-Union mit ebenfalls limitierter geringer Auflage - druckte schließlich am 21. Oktober auf unser Drängen hin eine Erklärung der 15 Bürgervertreter ab, in der die Forderungen enthalten waren. Die ersten Schritte in Richtung Pressefreiheit waren ebenfalls sehr mühsam.

Einen Tag später, Montag, am 16. Oktober, fanden sich fast 2000 Menschen auf dem Marktplatz ein. Viele kamen mit brennenden Kerzen. 3 Transparente wurden getragen. Leipzig hatte ermutigt. Dort gingen am selben Tag bereits 100 000 Menschen auf die Straßen. Die Polizei hielt sich zurück. Es gab keine Festnahmen mehr. In vielen anderen Städten, auch in kleineren Gemeinden, gingen nun Tausende auf die Straßen. Innerhalb weniger Tage wurde die DDR von einer Demonstrationswelle ungeahnten Ausmaßes erfasst. „Wir sind das Volk!“ schallte es unüberhörbar. Überall im Lande wurde die Anerkennung vom NEUEN FORUM gefordert.

Am 18. Oktober entmachtete das Politbüro der SED Erich Honecker. Egon Krenz übernahm die Führung und verkündete eine „Wende“ in der Politik. Doch der Damm war gebrochen, immer mehr Menschen demonstrierten gegen das SED-Regime. Niemand ließ sich mehr aufhalten, trotz der nicht ungefährlichen Situation, denn noch regierte das Politbüro der SED und verfügte über alle Machtinstrumente einschließlich ihres Staatssicherheitsdienstes. Dessen Haltung und Lage waren völlig unbekannt und nicht einschätzbar. Unsere Überwachung wurde fortgesetzt. Am 20. Oktober wurden ein weiteres Mitglied und ich in Halle sogar noch einmal festgenommen, als wir von einem überregionalen Treffen aus Leipzig kamen. Die anschließenden Verhöre waren wieder mit sehr massiven Drohungen verbunden. Von einer „Wende“ spürte man hier noch nichts. Spät abends wurde ich entlassen - allerdings erhielt ich meinen guten alten VW-Käfer nicht wieder zurück. Offenbar wollten sie meine Beweglichkeit einschränken, was sie dadurch auch erreichten. Erst einen Monat später konnte ich mein Auto wieder abholen.

Für mich stand weiterhin die Arbeit für das NEUE FORUM im Vordergrund. Täglich fanden in Halle und im Bezirk Informationsveranstaltungen zum NEUEN FORUM statt. So oft wir konnten, nahmen Katrin und ich daran teil. Immer waren die Kirchen überfüllt - und immer folgten uns „unsere Bewacher“. Jede Fahrt war abenteuerlich und im Ausgang offen. Ständig erhielten wir Nachrichten von und über neue Gruppen im Bezirk. Kontakte wurden hergestellt und ausgebaut. Ende Oktober schrieben und verteilten wir das „Informationsblatt Nr. 2“ mit weit über 100 Kontaktadressen aus nahezu allen Kreisen. Ein erstes Bezirkstreffen vom NEUEN FORUM in der Gesundbrunnen-Gemeinde wurde zum 5. November vorbereitet. Und nach wie vor kamen täglich viele Menschen, die für das NEUE FORUM unterschrieben bzw. uns Listen mit Unterschriften brachten. Im Oktober hatten wir weit über zehntausend Unterschriften im Bezirk Halle gesammelt.

Am Montag, dem 23. Oktober, füllten Zigtausende den Marktplatz. Zahlreiche geschickte „Agitatoren“ versuchten die Anwesenden von der „Wende“ zu überzeugen und von weiteren Demonstrationen abzuhalten. Aber bald „fand“ jemand den Weg über die Leipziger Straße zum Hansering und alle gingen mit. „Schließt euch an!“ und „Wir sind das Volk!“ wurde immer wieder gerufen. Neben vielen Transparenten wurde ein langes Spruchband mitgeführt: „NEUES FORUM zulassen“. Es war die erste richtige „Montags-Demo“ in Halle. Sie war weder organisiert, noch hatte es einen Aufruf gegeben. Sie fand einfach statt, getragen von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Halle.

Inzwischen hatte Oberbürgermeister Pratzsch zu einer ersten öffentlichen Diskussion eingeladen, die am Donnerstag, dem 26. Oktober, im Volkspark stattfinden sollte. Neu und überraschend war, dass Katrin als exponierte Vertreterin vom NEUEN FORUM im Präsidium Platz nehmen konnte. Mehrere Tausend hatten sich eingefunden. Die meisten von ihnen erreichten gar nicht den Saal, sondern blieben in einer unüberschaubaren Menge vor dem Volkspark stehen. Die Diskussion wurde mit Lautsprechern nach draußen übertragen. Der Regionalsender Halle sendete live. Das noch verbotene NEUE FORUM hatte erstmals in Halle öffentlich Sitz und Stimme in Anwesenheit der Machthabenden. Die emotionsgeladene Stimmung während dieser denkwürdigen Versammlung erreichte ihren Höhepunkt, als Arbeiter aus den Buna-Werken berichteten, die SED-Bezirksleitung plane am kommenden Montag eine Gegendemonstration unter dem Motto: Rote Fahnen gegen weiße Kerzen. Als das bekannt wurde, brach ein Sturm der Entrüstung los. Es war ein letzter Versuch der halleschen Betonköpfe, der nun entstandenen Volksbewegung noch etwas entgegenzusetzen. Sie fand nicht mehr statt. Statt dessen erhielten wir - insgesamt 4 Vertreter vom NEUEN FORUM aus Halle - am folgenden Tag einen Brief vom 26. Oktober vom damaligen Bezirkschef und Politbüromitglied der SED Achim Böhme:

> *Im Lichte der Beschlüsse der 9. Tagung des Zentralkomitees bin ich daran interessiert, einen Meinungsaustausch mit Ihnen zu führen. Ich möchte Sie deshalb für kommenden Montag, den 30 Oktober 1989, 14 Uhr, zu einem persönlichen Gespräch in die Bezirksleitung Halle der SED, Zimmer 506, einladen.*

Bereits am 26. Oktober hatte in Berlin ein Gespräch zwischen dem Politbüromitglied Günter Schabowski und den beiden Mitbegründern vom NEUEN FORUM Jens Reich und Sebastian Pflugbeil stattgefunden. Die hierarchische Parteistruktur leitete die neue Sachlage schnell weiter. Die SED erkannte das NEUE FORUM als unabhängige Organisation und als gleichberechtigten Gesprächspartner an. Das war der Durchbruch. Die SED hatte ihr Machtmonopol aufgegeben. Alle weiteren Vorgänge und Prozesse, die dann folgten, basieren auf diesem Ereignis - die de facto Anerkennung einer pluralistischen Gesellschaft, die Aufgabe der diktatorischen Herrschaft. Dieses Ereignis vollzog sich nicht freiwillig oder aus Einsicht - nein, es war ein mühsam erstrittener Erfolg der dann in Millionen gezählten Menschen auf den Straßen. Ohne sie hätte sich nichts geändert. Nur der wochenlange tägliche Druck, verbunden mit den Forderungen, die bürgerlichen Menschenrechte einzuhalten, zwang die Machthabenden zur Aufgabe ihrer Position. Diese echte Volksbewegung vollbrachte die Entwicklung, die keiner vorauszuahnen wagte. Ihr verdanken wir auch die Anerkennung vom

NEUEN FORUM. Von der Unterschrift am 10. September über „elendes Pack“ und Stasi-Festnahme bis zum hofierten Gesprächs-Partner waren 7 Wochen vergangen. Ich wog noch 49 kg, hatte 10 kg abgenommen, war aber am Ziel angekommen. Nun konnten wir öffentlich agieren, konnten politisch mitbestimmen, gemeinsam mit anderen unsere, meine Zukunft neu gestalten. In Halle waren wir uns weitgehend einig - Reformen sollten unser Land verändern. Reformen, die den Willen der Mehrheit widerspiegeln und in einem möglichst breiten Konsens umgesetzt werden sollten. Nirgendwo anders ist diese Absicht so deutlich in Begriffen festgelegt wie in unserer Stadt. Seit November übernahm die Versammlung der „reformengagierten“ Gruppen die Organisation der Montags-Demos. Im Dezember bezogen wir das von uns so bezeichnete „Reformhaus“, das heute noch existiert. Im Januar erschien als Beilage der Freiheit die „Reform-Zeitung“. So manche waren mit dieser Einstellung nicht zufrieden und forderten mehr „revolutionären Geist“. Wir seien zu zögerlich und zu nachsichtig gegenüber den bisherigen Herrschenden. Doch sollten neue Diktaturen entstehen, eine Diktatur vom NEUEN FORUM etwa? Welch absurde Gedanken! Der neue Weg konnte nur gemeinsam unter Einbeziehung aller beschritten werden.
Dass im Ergebnis der Reformen die DDR nach kurzer Zeit nicht mehr existierte, nicht mehr existieren konnte, ist mir im Nachhinein völlig logisch und selbstverständlich. Welche DDR hätte denn die von der großen Mehrheit geforderten und dann auch umgesetzten Veränderungen der gesamten gesellschaftlichen Grundlagen vertragen können? Keine wie auch immer geartete separate Staats-Konstruktion hätte den Wünschen und Forderungen der Mehrheit entsprochen. Eine DDR hätte nur auf diktatorischer Basis weiter existieren können. Merkwürdigerweise - und das ist ein faszinierendes Phänomen dieser Zeit - hatte das vorher und im Herbst 89 niemand erkannt bzw. gedacht, auch Politiker aller Couleur nicht. Die einfache Frage, was passiert, wenn in der DDR eine pluralistische Gesellschaft real wird, wenn wir die bürgerlichen Menschenrechte tatsächlich in Anspruch nehmen können, wenn eine unabhängige politische Vereinigung wie das NEUE FORUM zugelassen wird, wurde nicht gestellt bzw. nur aus DDR-Sicht beantwortet. Noch glaubten wir mit vielen anderen an einen „demokratischen Sozialismus“ mit mündigen BürgerInnen. Gedanken an eine Wiedervereinigung oder an ein Bundesland Sachsen-Anhalt wurden Anfang November nicht gedacht - und doch war alles schon so nah. Doch genau dieser Irrtum oder diese Fehleinschätzung war wohl die einzig richtige Ausgangssituation für das später Erreichte. Man stelle sich vor, im September und Oktober 89 oder auch früher, hätte man die Auflösung der DDR, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Gründung von Sachsen-Anhalt gefordert!

Der Staatssicherheitsdienst hätte sehr schnell alle nun tatsächlich „staatsfeindlichen Elemente“ eingesperrt und dies auch rechtfertigen können. So aber gingen wir mit Überzeugung für „unser Land“ auf die Straßen und das konnte ja nicht „staatsfeindlich“ sein. Die Herrschenden sahen das anders und ahnten wohl die Folgen, unsere Forderungen waren für sie „staatsfeindlich“. Welch Glück, dass im Herbst 89 so viele Menschen auf die Straßen gingen.
Wenige Tage später fiel die Mauer - Reisefreiheit, ab Dezember tagten die Runden Tische - demokratische Mitbestimmung, am 4./5. Dezember wurden unspektakulär die Zentralen des Staatssicherheitsdienstes in den Bezirken besetzt - Ende der Überwachung und Bespitzelung.
Im Januar 90 erhielt ich erste Signale, an die Universität zurückkehren zu können. Am Horizont zeichneten sich da schon die ersten freie Wahlen ab. Wahlkampfzeit - alte und neue Parteien gruppierten sich. So schnell konnte ich das NEUE FORUM nicht verlassen. Ab Februar arbeitete ich „hauptamtlich“ für das NEUE FORUM, doch hatte ich schon beschlossen, so bald wie möglich wieder an die Universität, an „mein“ Institut zurück zu gehen. Am 1. September 1990 war es soweit. Nach genau 8 Jahren kehrte ich an meine alte Arbeitsstelle zurück. Wohl hatte ich 8 Jahre Wissenschaft und „Karriere“ verloren - aber was hatte ich alles gewonnen.